



Frank Sundermann

Unser Kandidat für NRW – Seite 4-5

Die SPD bringt Ibbenbüren voran – Seite 2-3

Ortsgespräch

April/Mai 2010

Im Ortsgespräch

Klare Sache

Die SPD steht zur Steinkohle

Erfolge

Die beste Bildung für alle

Investitionen für Ibbenbüren

Frank Sundermann

Ihr Kandidat für NRW

Schwarz-Gelb

Chaos und Klientelpolitik

Hannelore Kraft

Für ein gerechtes NRW



Liebe Ibbenbürenerinnen, liebe Ibbenbürener!

Am 9. Mai sind Landtagswahlen. Es geht um viel! Sie stellen die politischen Weichen für unser Nordrhein-Westfalen. Sie entscheiden über die Zukunft unseres Landes. Und noch mehr: Sie bestimmen auch maßgeblich den Kurs auf Bundesebene mit, da ein SPD-geführtes NRW die Mehrheiten im Bundesrat neu definiert.

Schwarz-Gelb hat sich in den letzten fünf Jahren in NRW auf das politische und personelle Abstellgleis manövriert. Im Bund haben dafür 150 Tage ausgereicht. Zur Entscheidung steht am 9. Mai eine für alle politischen Bereiche folgenschwere Alternative: Wird der Staat, wie Schwarz-Gelb es will, zunehmend geschwächt oder wird er durch Modernisierung und gesunde Finanzen gestärkt, um seine unverzichtbaren Gestaltungsaufgaben für die Zukunft erfüllen zu können?

Nur ein starkes Ergebnis der SPD in NRW wird für unser Land und für die Bundesrepublik eine zukunftsorientierte Weichenstellung sichern. Nur eine sozialdemokratische Landesregierung in NRW wird die Erfüllung der großen politischen Reformaufgaben gewährleisten, wie

- die Schaffung eines chancengleichen Bildungssystems,
- die Schaffung einer nachhaltigen Energieversorgung mit gleichzeitiger Sicherung des Steinkohlenbergbaus,
- die Schaffung guter Arbeit für alle mit dem Ziel der ökologischen Industrialisierung und
- die Sicherstellung der finanziellen Handlungsfähigkeit der Kommunen.

Diese große Entscheidung liegt am 9. Mai bei Ihnen, in den Händen der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Mit unserer Spitzenkandidatin Hannelore Kraft und unserem Landtagskandidaten Frank Sundermann schicken wir ein gutes Team für NRW ins Rennen. Ein Team, das für einen leistungsfähigen Staat und für eine Politik für die Menschen steht. Ein Team, das sich für ein soziales und gerechtes NRW einsetzt! Ein Team, das sich um die Belange aus Ibbenbüren kümmert!

Wir bitten um Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung.

Marie-Luise Balter-Leistner
(SPD-Ortsvereinsvorsitzende)

Hermann Hafer
(Fraktionsvorsitzender)

V.i.S.d.P.
SPD-Ortsverein Ibbenbüren
Redaktion: Dr. Marc Schrameyer
Breite Str. 14
49477 Ibbenbüren
Telefon: 05451 / 3460
FAX: 05451 / 93 71 91
www.spd-ibbenbüren.de

Sprechen Sie uns an:

SPD-Bürgerbüro
Angelika Wedderhoff
Mo 14.00 – 16.00 Uhr
Mi u. Fr 9.00 – 11.00 Uhr



Ein klares JA zur Steinkohle

Die SPD fordert den Erhalt des Steinkohlebergbaus

Wenn es nach der CDU und der FDP auf Landesebene geht, dann soll mit der Kohle spätestens 2018 Schluss sein. Die SPD hofft jedoch weiter auf die Revisionsmöglichkeit in 2012, denn wir sind überzeugt: **Kohle in Ibbenbüren hat Zukunft.**

Eine Zechenschließung wäre für die Region dramatisch, denn das bedeutete einen Verlust von 5.000 bis 6.000 Arbeitsplätzen, die unmittelbar oder mittelbar von der Kohle abhängen. Ein Ende des Bergbaus würde also eine ganz erhebliche Arbeitslosigkeit zur Folge haben und die gesamte Region schwer treffen.

Deutschland hat außer der Kohle kaum eigene fossile Energiereserven und ist von Importen abhängig. Die Akzeptanz des Bergbaus ist hoch. Das gerade für viele Millionen modernisierte Kraftwerk, das speziell für die Ibbenbürener Anthrazitkohle ausgerüstet wurde, wird noch mindestens bis 2027 Strom produzieren. Deshalb haben wir uns immer für den Erhalt der Steinkohleförderung in Ibbenbüren ausgesprochen.

Inzwischen haben sich wesentliche Faktoren verändert: Weltweit sind die Preise für Öl, Gas und Kohle stark angestiegen. Dadurch werden Betriebsze-

narien, die von einem Abbau der Kohle ohne staatliche Subventionen ausgehen, realistisch. Dies gilt umso mehr, als die Ibbenbürener Anthrazitkohle, soweit sie im Wärmemarkt abgesetzt wird (ca. 15 - 20 %) unter bestimmten Bedingungen schon jetzt profitabel vermarktet werden kann. Ein insgesamt wirtschaftlicher Betrieb der Zeche RAG Anthrazit Ibbenbüren inklusive Verstromung erscheint angesichts der Entwicklung der Energiemärkte in absehbarer Zeit wahrscheinlich. Die besondere Wirtschaftlichkeit der Zeche soll durch weitere Rationalisierungsmaßnahmen noch erhöht werden.

Das macht gerade auch angesichts der sich zur Zeit grundlegend verändernden Diskussion über erneuerbare Energien und die Sicherung der Energieversorgung in Deutschland und weltweit die Fortsetzung der Kohleförderung am Standort Ibbenbüren besonders sinnvoll. Auch nach Einschätzung eines überwiegenden Anteils der Bevölkerung in diesem Raum macht es keinen Sinn, eine Zeche, die wirtschaftlich betrieben werden kann, zu schließen und damit einen sinnvollen Beitrag zur Energieversorgung zu verhindern. Die Fördermöglichkeiten, die im Falle einer Schließung geschaffen werden müss-

ten, könnten nach aller Erfahrung erst mit großer Verzögerung greifen, ein gravierender wirtschaftlicher Einbruch wäre unvermeidlich.

Für die Städte und Gemeinden in der



Kohleregion Ibbenbüren hat daher die Fortführung des Kohlebergbaus über das Jahr 2018 hinaus erste Priorität.

Daher fordert die SPD:

- Revision des Kohleausstiegsbeschlusses schon vor 2012, damit Fehlentwicklungen durch die falsche Zielsetzung Gesamtausstieg und Ende des Bergbaus in Deutschland vermieden werden.
- Öffnung des möglichen Betriebszeitraums der Zeche Ibbenbüren über das Jahr 2018 hinaus, damit längerfristig geplant werden kann, wie es gerade im Bergbau unerlässlich ist.

Beste Bildung für alle

Die SPD investiert in die Bildung unserer Kinder

Die NRW SPD fordert „Beste Bildung für alle“. Was genau steckt hinter dieser Forderung?

- Gebührenfreiheit für Bildung von der KiTa bis zur Hochschule
- Längeres gemeinsames Lernen nach der Grundschule
- Gut ausgestatteter Ganzttag
- Klassengrößen bis max. 25 Kinder
- Wahlmöglichkeit Abitur nach 12 oder 13 Jahren
- Inklusion (gemeinsames Lernen von behinderten und nicht-behinderten Kindern)
- Kooperation mit den Kommunen bei der Ausgestaltung der regionalen Bildungslandschaft vor Ort und
- Hohe Bildungsbeteiligung

Viele dieser Forderungen sind selbsterklärend. Die Forderung nach gebührenfreier Bildung ist in Anbetracht der Bedeutung, die Bildung für unser Land

hat, mitentscheidend für die Zukunftsfähigkeit dieses Landes.

Lehren aus PISA

Spätestens seit PISA wissen wir, dass im Bildungssektor neue Wege beschritten werden müssen, wollen wir in NRW national und international mithalten. Aber auch demographische Gründe sorgen dafür, dass dringend über neue Schulformen und Lernmethoden nachgedacht werden muss. Besonders in den ländlichen Gebieten stehen Schulen aufgrund fehlender Schülerzahlen vor dem Aus. Immer häufiger wird die Frage gestellt, ob das dreigliedrige Schulsystem nicht ausgedient habe.

Chancengleichheit für alle Kinder

Die beste Bildung für alle und echte Chancengleichheit, anstelle von Bildung nach sozialer Herkunft – das ist

die Forderung der SPD. Jedes Kind soll seine optimalen Leistungen einbringen können. Was nicht bedeutet, dass jedes Kind automatisch den gleichen Schulabschluss erzielen soll und kann. Unterstützt vom Bildungsforscher Dr. Ernst Rösner (Institut für Schulentwicklungsforschung, Universität Dortmund) möchte die SPD in NRW die Gemeinschaftsschule ermöglichen.

Was ist eine Gemeinschaftsschule?

Nur ein altes Modell in neuen Kleidern oder die mögliche Schulform der Zukunft? Um es kurz und knapp auf den Punkt zu bringen: NEIN, die Gemeinschaftsschule ist nicht identisch mit der Gesamtschule und sie ist schon gar keine Einheitsschule. Aber was ist sie dann?

Im Gegensatz zur Gesamtschule ist eine Gemeinschaftsschule nach kei-

nem feststehenden Modell organisiert. Sie ist somit keine Standardschule! Sie nimmt die Kinder nach der Grundschule auf und ist bis zur Klasse 10 für deren Bildungserfolg zuständig. Am Ende der Klasse 10 können alle Schulabschlüsse der Sekundarstufe I erreicht werden. Mindestens bis einschließlich Klasse 7 lernen alle Kinder gemeinsam. Die Heterogenität (Unterschiedlichkeit) der Kinder wird gezielt genutzt. Der Schwächere lernt vom Stärkeren und umgekehrt. Ab wann differenziert nach Hauptschul-, Realschul- und Gymnasialklassen unterrichtet werden soll, oder ob komplett bis Klasse 10 integriert unterrichtet werden soll, wird vor Ort von Schulträger, Kollegium und Elternschaft gemeinsam bestimmt. „Die“ Gemeinschaftsschule gibt es also nicht! Ob die gymnasiale Oberstufe angeschlossen ist, ist optional und hängt maßgeblich von der örtlichen Schulstruktur ab. Die Gemeinschaftsschule konkurriert nicht mit anderen Schulen. Der sogenannte „Creaming“-Effekt, dass die leistungsstärksten Schüler auf

die Gymnasien abwandern und der Anspruch eine „Schule für alle“ zu sein, nicht erfüllbar ist, bleibt beim Modell der Gemeinschaftsschule im Gegensatz zur Gesamtschule aus.

Schulstandort Ibbenbüren

Was braucht Ibbenbüren? Der SPD-geführte Stadtrat hat einen Schulentwicklungsplan in Auftrag gegeben. Bis zum Sommer sollen erste Ergebnisse vorliegen. Anhand dieser Erkenntnisse wird evaluiert, wo Handlungsbedarf besteht. Dass auch in Ibbenbüren Änderungen nötig sein werden, daran zweifelt die SPD nicht. Gesamtschulen und neue Schulformen werden von den

„Wenn die Selektion so früh geschieht, dann trifft man falsche Entscheidungen, und die Gesellschaft verschwendet Begabung.“

(Prof. Liisa Keltikangas-Järvinen, Universität Helsinki, Quelle: Spiegel online)

Eltern verstärkt nachgefragt. Die Realschulen und die Gymnasien platzen aus den Nähten. Die Gemeinschaftsschule könnte auch für Ibbenbüren eine interessante Alternative sein.

„Bildungsbremse“ Schwarz-Gelb

Mit Schwarz-Gelb in Düsseldorf wird es weder eine Gesamtschule noch eine Gemeinschaftsschule in Ibbenbüren geben. CDU und FDP zementieren das dreigliedrige Schulsystem, welches selektiv ist und zu viele „Verlierer“ produziert. Die SPD macht sich daher stark für ein Bildungssystem, das flexibel und durchlässig ist, individuelle Lernzeiten berücksichtigt und die richtigen Rahmenbedingungen schafft.

Die beste Bildung

Wir wollen Chancengleichheit und endlich den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg aufbrechen. Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Die beste Bildung für alle ist nur mit der SPD machbar!

Die SPD bringt Ibbenbüren voran

Richtungsweisende Projekte für Ibbenbüren

Mit zwei Konjunkturpaketen im Gesamtumfang von gut 80 Mrd. Euro hatte die Große Koalition auf die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise reagiert. Gezielte Entlastungen für Bürgerinnen und Bürger wie für Unternehmen und Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung sollten der deutschen Wirtschaft eine Brücke in die Zeit nach der Krise bauen. Mittlerweile zeigen die Investitionen auch in Ibbenbüren Wirkung. Aus den Konjunkturpaketen erhielt Ibbenbüren finanzielle Zuflüsse in Höhe von rund 6,9 Mio. Euro, die nach Beschlüssen des SPD-geführten Stadtrates bereits investiert wurden bzw. noch investiert werden.

Vorrang für Bildung

Bildung hat in Ibbenbüren Vorrang. Die SPD setzt nicht nur in der Landespolitik ihre politischen Schwerpunkte im Bildungsbereich. Gerade auch die SPD in Ibbenbüren hat sich den Ausbau des Schulstandortes Ibbenbüren auf die Fahnen geschrieben. Und das nicht erst seit gestern. Mit umfangreichen Investitionen in die Infrastruktur wurde bereits in den vergangenen Jahrzehnten viel erreicht. Die Ibbenbürener Schulen sind in gutem Zustand. Zusätzliche Millionen wurden für die bauliche Unterhaltung ausgegeben, die Aaseeschule für den

Ganztag ausgebaut. Sechs Ganztagsgrundschulen haben steigende Nachfrage. Auch an weiterführenden Schulen bauen wir die Ganztagsbetreuung aus.

3,76 Mio. Euro zusätzliche Investitionen für die Bildung

Bei der Verteilung der Mittel aus den Konjunkturpaketen legte die SPD größten Wert darauf, so viel Geld wie möglich in den Bildungsbereich zu investieren. 3,76 Mio. Euro zusätzlich wurden und werden in die Schulen unserer Stadt investiert. Aktuell anstehende bauliche Erweiterungen sind die Mensa am Goethe und an der Helen-Keller-Schule und die Sporthalle am Kepler Gymnasium. Ein Plan zur Verbesserung der Medienausstattung aller Schulen wird umgesetzt. Das kostet im Jahr rund 600.000 Euro, ist aber notwendig, wenn wir wollen, dass unsere Kinder gut auf die Zukunft vorbereitet werden.

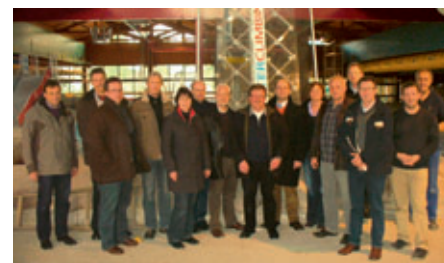
Infrastrukturmaßnahmen schaffen Lebensqualität

Aber auch die mit den Stimmen der SPD beschlossenen Infrastrukturmaßnahmen sind wegweisend für Ibbenbüren. So wird die Alte Sparkasse um einen Veranstaltungssaal aufgestockt und durch die Sanierung des ehemaligen Jugend-

amtes wird mehr Platz zum Üben und Musizieren für die stetig wachsende Musikschule geschaffen. Die Stadtbücherei wird erweitert. Allein hierfür werden 725.000 Euro aufgewendet.

Aaseebad und Bürgerhaus

Während viele Städte in NRW aufgrund der Haushaltslage ihre Bäder und Theater schließen müssen, setzt Ibbenbüren auch hier klare Zeichen.



Unter anderem mit Mitteln aus den Konjunkturpaketen wurde das Aaseebad neu gestaltet und die Sanierung des Bürgerhauses fortgeführt. Diese Maßnahmen sichern nicht nur Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger, sondern sie steigern auch die Attraktivität des Standortes Ibbenbüren für Investoren. Als sogenannte weiche Standortfaktoren haben gerade die Bereiche Sport und Kultur für Investoren in den letzten Jahren eine immer größere Bedeutung bekommen.

Ihr Landtagskandidat Frank Sundermann

Er bringt Nordrhein-Westfalen voran

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

am 9. Mai ist Landtagswahl. Mit Ihrer Erststimme entscheiden Sie, wer in den nächsten fünf Jahren unser Tecklenburger Land in Düsseldorf vertritt. Ich kandidiere bei der Landtagswahl in Ihrem Wahlkreis 83 / Steinfurt III als Kandidat der SPD.

Was können Sie von mir als Ihrem Landtagsabgeordneten in Zukunft erwarten:

Ich werde mich für die Menschen in meinem Wahlkreis einsetzen, ihre Probleme ernst nehmen und Rahmenbedingungen schaffen, die es ihnen ermöglichen, ein eigenverantwortliches Leben zu führen. Strukturen, in denen eine solidarische Bürgergesellschaft einen Ausgleich zwischen Stärkeren und Schwächeren gewährleistet, werde ich ausbauen. Um dies zu erreichen, müssen die finanzielle Ausstattung unserer Heimatkommunen verbessert, der Zugang zu bester Bildung vor Ort sicher-

gestellt und gute Bedingungen für auskömmliche und sichere Arbeitsplätze in der Region geschaffen werden.

Ich bin im Tecklenburger Land politisch und auch persönlich tief verwurzelt. In vielen Gemeinden und Städten des Tecklenburger Landes pflege ich gesellschaftliche, sportliche, politische und private Kontakte. So sind z. B. in sieben von neun Kommunen des Tecklenburger Landes von der SPD ins Rennen geschickte Bürgermeister im Amt. Mit ihnen bin ich seit vielen Jahren und Jahrzehnten über persönliche Kontakte eng verbunden. Diese Kontakte werde ich einsetzen, um das Motto von Johannes Rau „Stadt und Land - Hand in Hand“ mit neuem Leben zu erfüllen.

Ich werde meine persönlichen, politischen und beruflichen Erfahrungen einsetzen, um den Erwartungen der Menschen im Tecklenburger Land gerecht zu werden.

Dafür bitte ich Sie am 9. Mai um Ihre Erststimme!

Ihr 

Wie ich wurde - Wer ich bin

Seit meiner Geburt vor 44 Jahren bin ich im Tecklenburger Land zu Hause. Ich wohne und lebe mit meiner Frau und meinen zwei Töchtern in Westerkappeln.

Während meines Zivildienstes kümmerte ich mich 20 Monate um schwerstbehinderte Kinder.

Nach einer Gärtnerlehre und einem Gartenbaustudium leite ich heute ein Team, mit dem ich den bundesweiten Vertrieb von alternativen Brennstoffen und Kompostprodukten organisiere.

Politisert und geprägt wurde ich durch die Friedensbewegung Anfang der 80er Jahre. Im Herbst 1982, auch motiviert

durch die moralisch inakzeptable Form der Abwahl von Helmut Schmidt, trat ich in die SPD ein.

Seit 16 Jahren darf ich die Entwicklung meiner Heimatgemeinde als Ratscherr mitgestalten; seit 10 Jahren auch als Fraktionsvorsitzender.

Landespolitische Erfahrungen sammle ich als Vertreter der Münsterland SPD im Umweltausschuss des Städte- und Gemeindebundes NRW.

Seit 27 Jahren betreue und trainiere ich ehrenamtlich Jugend- und Seniorenmannschaften der Fußballabteilung meines Heimatvereines SC Velpe Süd.



Ihr Landtagskandidat Frank Sundermann

Sicherung der Steinkohleförderung

Schwerpunkte meiner Arbeit für unseren Wahlkreis

Was mir in unserer Region besonders wichtig ist:

- Gleichberechtigter Zugang aller Kinder zur Bildung in einer kindgerechten Schullandschaft, Gründung einer Gesamtschule als ergänzendes Angebot im Tecklenburger Land.
- Sicherung der Steinkohleförderung mit einem Sockelbergbau, eingebettet in einen Energiemix dezentraler Energieversorgung mit Alternativen-energien.
- Verbesserung der Finanzsituation unserer Kommunen zum Erhalt ihrer Angebote wie Freibäder, Jugendzentren, Büchereien und Begegnungsstätten.
- Schaffung und Erhalt von Arbeitsplätzen durch gezielte Förderung innovativer, in der Region nachhaltig aktiver Unternehmen.
- Weitere Verbesserung der touristischen Attraktivität unserer landwirtschaftlich geprägten Kulturregion.



Erstmals Erst- und Zweitstimme

Ihre Erststimme ist Ihre Stimme für Ibbenbüren

1 Bei der Landtagswahl in NRW am 9. Mai wird erstmalig mit Erst- und Zweitstimme gewählt.

2 Mit der **Erststimme** wählen Sie einen Direktkandidaten in den Landtag nach Düsseldorf, der dort die Interessen des Tecklenburger Landes vertritt

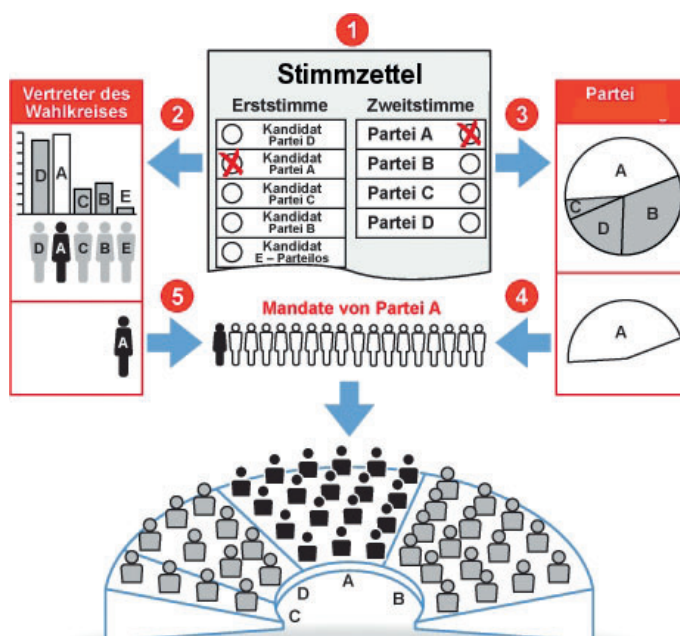
3 Mit der **Zweitstimme** wird die Partei gewählt. 4 Sie entscheidet, mit wie vielen Abgeordneten jede Partei im Parlament vertreten sein wird.

5 In jedem Wahlkreis ist der Bewerber gewählt, der die **einfache Mehrheit** der gültigen Erststimmen erhält.

Die Stimmen für die anderen Kandidaten (siehe Grafik) fallen dann unter den Tisch und haben so keinen Einfluss auf die Zusammensetzung des Landtages. Gewählt wäre durch die Erststimmen nur Kandidat A!

Die Erfahrungen der Bundestagswahlen zeigen, dass bis auf wenige Ausnahmen mit der Erststimme die Kandidaten von SPD oder CDU direkt gewählt werden.

Daher möchte ich Sie bitten, keine Erststimme für das Tecklenburger Land zu verschenken und mir Ihre Erststimme zu geben.



Chaos und Klientelpolitik

Schwarz-Gelb wird zum Risiko für Deutschland

Schwarz-Gelb hat sich in den letzten fünf Jahren in NRW auf das politische und personelle Abstellgleis manövriert, im Bund haben dafür gut 150 Tage ausgereicht. Hier die Regierungsbilanz der ersten 150 Tage Schwarz-Gelb im Bund:

1. 150 Tage Klientelpolitik

Schwarz-Gelb stellt Lobbywünsche vor das Gemeinwohl und Parteien vor die Interessen des Landes. Die Bundesregierung macht den Staat zur Beute mächtiger Lobbyisten. Union und FDP haben erst die Hand aufgehoben, jetzt bedienen sie die Wünsche. Deshalb stehen sie im Verdacht der Käuflichkeit. Hier nur einige Beispiele der letzten Wochen:

Steuersenkungen für Hoteliers

Zwischen Oktober 2008 und Oktober 2009 hat die FDP aus Hotelierskreisen Millionenspenden erhalten. Als erste Maßnahme hat Schwarz-Gelb dann die Mehrwertsteuer für Hotelübernachtungen von 19 auf 7 Prozent gesenkt – ein Steuerprivileg, das 1 Milliarde Euro kostet, ökonomisch unsinnig ist, neue Bürokratie verursacht und ausschließlich den Hoteliers zu Gute kommt. Rüttgers und Pinkwart haben im Oktober 2009 dem Koalitionsvertrag und im Dezember 2009 der Mehrwertsteuersenkung im Bundesrat zugestimmt. Auch jetzt planen sie keine konkreten Schritte gegen das Mehrwertsteuerprivileg entgegen anders lautender Behauptungen.



Freibrief für die Atomwirtschaft, aber Kürzung der Solarförderung

Schwarz-Gelb verspielt den deutschen Vorsprung bei Umwelttechnologien durch planlose Kürzungen, die selbst

einzelnen CDU-Ministerpräsidenten zu weit gehen. Die Deutschen AKWs sollen bis zu 40 Jahre länger laufen, ohne dass die Frage der Entsorgung des atomaren Mülls gelöst wäre. Die ungelöste Frage eines Endlagers wird Gegenstand eines Untersuchungsausschusses sein, der die Manipulation von Gutachten zur Eignung des Salzstocks aufklären muss. Auch hier wird sich Rüttgers als ehemaliger Bundesforschungsminister verantworten müssen. Die gewaltigen Risiken werden auch am Fall Asse deutlich. Der dort versenkte radioaktive Abfall ist ein Milliardengrab. Die Sanierung droht die Steuerzahler 3,7 Milliarden Euro zu kosten. Wir fordern eine Beteiligung der Atomwirtschaft an diesen Kosten. Schwarz-Gelb verfährt nach dem Motto: Privatisierung der milliardenfachen Atomgewinne, Sozialisierung der Entsorgungskosten. Und das in einer Zeit von Rekordverschuldung und Wirtschaftskrise.

Die solidarische Gesundheitsversorgung ist in Gefahr

Die Zusatzprämien, die eine Reihe von Krankenkassen jetzt angekündigt haben, hat die CDU seinerzeit durchgesetzt. Sie geben einen bitteren Vorgesmack auf die drohende Kopfpauschale: Sie belasten einseitig die Versicherten, während Arbeitgeber außen vor bleiben. Sie belasten Geringverdiener und viele Rentnerinnen und Rentner besonders. Denn Menschen mit wenig Geld im Portemonnaie zahlen denselben Betrag wie der gut verdienende Manager. Schwarz-Gelb will neben der Kopfpauschale die sogenannte „Mehrkostenregelungen“. Dahinter verbirgt sich ein einfaches System: Es wird minimale Regelleistungen für gesetzlich Versicherte geben. Wer mehr will, muss zahlen. Das ist die Kündigung des Solidarvertrages der Gesellschaft durch Schwarz-Gelb und der Einstieg in die Zweiklassenmedizin.

Schwarz-Gelb im finanzpolitischen Blindflug

Bundesfinanzminister Schäuble hat für 2010 einen historischen Negativrekord von rund 86 Milliarden Euro Neuver-



schuldung präsentiert. Bei einem Gesamthaushalt von 328 Milliarden. Unverantwortlich ist, dass Schwarz-Gelb in dieser kritischen Situation zusätzliche Steuersenkungen auf Pump einbringt. Das „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ raubt allein den Städten und Gemeinden 1,6 Milliarden Euro. Ab 2011 sind jedes Jahr 13 bis 15 Milliarden Euro einzusparen. Angela Merkel aber verweigert jede Aussage, wo gespart werden soll. Schwarz-Gelb ist im finanzpolitischen Blindflug, Bund, Ländern und Kommunen droht der Absturz. Denn es kommen zusätzliche Finanzrisiken hinzu:

- eine für 2011 geplante Steuerreform, die 20 Milliarden kostet,
- eine zu erwartende Erhöhung des jetzt niedrigen Zinsniveaus, eine Ausweitung des Niedriglohnssektors, der zusätzliche Kosten für ergänzende Sozialleistungen mit sich bringt,
- die Kosten der Sanierung der Atommüllkippe Asse von 3,7 Mrd. Euro,
- das bildungspolitisch unsinnige „Betreuungsgeld“, welches den Bund 1,9 Mrd. Euro kostet und
- schließlich die jeden Rahmen sprengenden Kosten der Kopfpauschale im Gesundheitssystem, die 20 bis 35 Milliarden Euro an Sozialausgleich aus Steuermitteln erfordert.

2. 150 Tage Chaos

Schwarz-Gelb hat das Land in Rekordzeit in ein gefährliches Regierungschao geführt. Viel interner Krach, keine

Bewegung. Das Kabinett als Kabarett. Vor allem aber: verantwortungsloses Führungsveragen in zentralen Fragen.

Chaos bei Gesundheit, Chaos bei Arbeit, Chaos bei Steuern und Staatsverschuldung.

3. 150 Tage Wähler-Täuschung

Schwarz-Gelb verschweigt den Menschen die Kosten von Klientelpolitik und Chaos: Steigende Abgaben, Prämien, Gebühren und scharfe soziale Einschnitte für die Masse. Zusatzprämien bei Gesundheit sind erst der Anfang. „Mehr Netto vom Brutto“ wird als „Nettolüge“ in die Geschichte eingehen. Schwarz-Gelb wird teuer. Auch eine Erhöhung der Verbrauchssteuern kann noch kommen, anders dürften die Steuersenkungsversprechen der FDP nicht mehr zu bezahlen sein. Die Verweigerung von politischen Entscheidungen ist kein Zufall. Das Chaos hat Methode. Schwarz-Gelb spekuliert darauf, den finanzpolitischen Offenbarungseid, die sozialen Einschnitte und den Systembruch bei der Gesundheits-

versorgung bis auf die Zeit nach den Landtagswahlen in Nordrhein - Westfalen am 9. Mai zu verschieben. Merkel will ihre Bundesratsmehrheit retten. Schwarz-Gelb arbeitet mit der Methode des politischen Betrugs. Am Ende wird der Bruch des zentralen Wahlversprechens stehen: Die Mehrheit der Menschen in Deutschland wird nicht „mehr Netto vom Brutto“ haben, sie wird weniger haben. Schwarz-Gelb wird teuer.

- Die Ausweitung der Niedriglöhne und die Verweigerung von Mindestlöhnen wird das Lohnniveau in Deutschland drücken.
- Die Entsolidarisierung im Gesundheitssystem wird die ärztliche Versorgung für die meisten verschlech-

tern. Sie wird außerdem steigende Prämien mit sich bringen.

- Während Einkommenssteuern sinken sollen, steigt das Risiko höherer Sozialabgaben. Die finanzielle Notlage der Kommunen führt zur Erhöhung von Preisen und Gebühren für Nahverkehr, Wasserversorgung, Kultureinrichtungen.
- Gebühren für Bildung, in der Kita, an den Hochschulen, belasten Familien mit Kindern.
- Auch die Erhöhung der Mehrwertsteuer wird auf der Tagesordnung stehen.

4. Wirtschaftliche Lähmung und soziale Spaltung

Rekordverschuldung und Steuersenkungen auf Pump, Ruin der Kommunen, Zerschlagung der Job-Center, Ge-

fährdung unseres Gesundheitssystems, keine Beschäftigungs-, keine Investitions-, keine Wachstumsstrategie:

Schwarz-Gelb droht Deutschland in wirtschaftliche Lähmung und soziale Spaltung zu führen.



Die NRW SPD fordert:

1. Ein Ende der Klientelpolitik. Die sofortige Rücknahme des Steuerprivilegs auf Hotelübernachtungen. Das spart eine Milliarde Euro, die wir für Zukunftsinvestitionen einsetzen können.
2. Den Stopp der Kopfpauschale, die Sicherung unserer solidarischen Gesundheitsversorgung, die Kostenkontrolle bei Bürokratie und Arzneimittelpreisen.
3. Die Schaffung einer nachhaltigen Energieversorgung mit gleichzeitiger Sicherung des Steinkohlenbergbaus.
4. Fortschritte bei der Einführung von Mindestlöhnen. Auch um Kosten für staatliche Lohnsubventionen zu begrenzen. Die Beschäftigten brauchen schnelle Ergebnisse.
5. Die Absage an eine unbezahlbare Steuerreform, die mit einem Stufentarif den Ausstieg aus der Steuerprogression einleitet und Besserverdiener stark begünstigt.



Unsere Kandidatin

Hannelore Kraft – Spitze für NRW



Wir in NRW: Mutig, herzlich, gerecht

Von **Hannelore Kraft**, Landesvorsitzende der NRW SPD

Wir müssen in der Bildung mit Siebenmeilenstiefeln vorangehen. Die Zeit der Trippelschritte muss vorbei sein. Und wir müssen schon bei der frühkindlichen Bildung ansetzen. Wir müssen Eltern früher Unterstützung anbieten. Wir müssen in die Familien und nicht darauf warten, dass sie kommen, wenn es Probleme gibt. Diese Veränderung der Ansprache muss in den Kommunen stattfinden, auch deshalb ist eine vernünftige Finanzausstattung der Kommunen so wichtig.

Und wenn wir das schaffen, Eltern die notwendige Unterstützung zu geben und alle Kinder in den Kindergarten zu bringen, dann darf es keine finanziellen Hürden geben. Kindergartengebühren sind ebenso Hürden wie Studiengebühren. In der gesamten Bildungskette müssen wir uns einem Ziel verschreiben: Wir dürfen kein Kind mehr verlieren! Durch Unterstützung der Eltern, durch Investition in die frühkindliche Bildung, durch eine gezielte individuelle Förderung im Schulsystem.

Das dreigliedrige Schulsystem, an dem Ministerpräsident Rüttgers verbissen festhält, ist ein System der Auslese: Auf acht Schulabsteiger kommt nur ein Schulaufsteiger. Allein in NRW gibt es

jedes Schuljahr 60.000 Sitzenbleiber. Außerdem ist es angesichts von sinkenden Schülerzahlen viel zu teuer, das dreigliedrige Schulsystem im ländlichen Raum aufrecht zu erhalten. Diese Ressourcen müssen wir besser einsetzen. Bildungsforscher sind sich einig: Der Schlüssel zum Bildungserfolg liegt im längeren gemeinsamen Lernen. Unser Modell dafür ist die Gemeinschaftsschule.

Neben einem Aufbruch in der Bildungspolitik wird die Hilfe für die Kommunen angesichts der sich dramatisch verschärfenden Finanzlage das zweite große landespolitische Wahlkampfthema sein. Wir fordern drei konkrete Maßnahmen.

Erstens: Der Bund muss stärker in die Verantwortung für eine auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen genommen werden. Das SPD-Präsidium hat dazu einen „Rettungsschirm für Kommunen“ beschlossen.

Zweitens: Die Städte ächzen unter einer gewaltigen Schuldenlast. Und zwar nicht, weil sie schlecht gewirtschaftet, sondern weil sie strukturelle Probleme haben. Das führt zu massiv steigenden Sozialausgaben bei sinkenden Steuereinnahmen. Diese Städte stecken in ei-

Hannelore Kraft, MdL

Geboren am 12. Juni 1961 in Mülheim, verheiratet, ein Kind (Jan, 17 Jahre)

- 1980 - Abitur
- 1980 – 1982 - Ausbildung zur Bankkauffrau; Kaufmannsgehilfenbrief
- 1982 – 1989 - Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Universität/Gesamthochschule Duisburg
- 1989 - Abschluss als Diplom-Ökonomin
- 1986 – 1987 - Auslandsstudium am King's College, London; Praktikum bei der Banque Populaire Tours, Frankreich; Praktikum bei der PROG-NOS AG, Basel, Schweiz
- 1989 – 2001 - Unternehmensberaterin und Projektleiterin
- seit dem 2. Juni 2000 - Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
- April 2001 - November 2002 - Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Nordrhein-Westfalen
- November 2002 bis 1. Juni 2005 - Ministerin für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen
- seit Juni 2005 - Vorsitzende der SPD-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen
- seit 20. Januar 2007 - Landesvorsitzende der NRW SPD
- seit November 2009 - stellvertretende Vorsitzende der SPD

Mitgliedschaften:

seit 1994: Mitglied der SPD; 1995 - 03/2009: Mitglied des Unterbezirksvorstands der SPD-Mülheim; seit 2004 Mitglied im Vorstand der NRW SPD, seit 2005 Mitglied des SPD-Bundesvorstands; seit 2007 Mitglied im Präsidium der Bundes-SPD; Mitglied der IG-Metall; Mitglied der AWO

Hobbys:

Spiel, Sport und Spaß mit Mann, Sohn und Hund, Essen und Klönen mit Freunden

ner Vergeblichkeitsfalle - egal wie viel sie sparen und kürzen, rutschen sie dennoch immer weiter ins Finanzloch. Wir schlagen vor, den Kommunen zeitweise ihren Schuldenberg abzunehmen. Die NRW.Bank übernimmt für fünf Jahre die Altschulden. Für die anfallenden Zinsen kommt weitgehend das Land auf. Das verschafft den Städten Luft für dringend notwendige Investitionen.

Der dritte Punkt ist der Solidarpakt Ost. Wir haben immer noch die Situation, dass viele Städte sich verschulden müssen, um ihren Solidarpakt-Anteil zu bezahlen. Das kann aus meiner Sicht nicht so bleiben. Jetzt, im Jahr 2010, steht die Überprüfung des Solidarpaktfortführungsgesetzes an. Es muss erreicht werden, dass die Kommunen ihren deutlich zu hohen Anteil zur Tilgung des Fonds Deutsche Einheit nicht bis zum Jahr 2019 weiterzahlen müssen. Der Satz muss auf die Hälfte reduziert werden. Darüber hinaus muss bei der Förderung insgesamt umgesteuert werden nach dem Prinzip „Bedürftigkeit statt Himmelsrichtung“.